

konferenz an der Stellungnahme von ZdK-Präsident Meyer – und deren Bekräftigung durch den ZdK-Hauptauschuß am 21. November – brachte Bischof Lehmann in einem Brief an Meyer vom 5. Dezember zum Ausdruck. Der Ständige Rat der Bischofskonferenz weise den wiederholten Aufruf des ZdK zum „Widerstand gegen die Instruktion und zum Widerspruch gegenüber dem Heiligen Vater mit aller Entschiedenheit zurück.“ Man habe dadurch eine negative Grundeinstellung zur Instruktion in den Medien gefördert. Die Grundlagen der bisherigen „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ sieht man als „beschädigt“ an.

Zu den kritischsten Äußerungen von Bischofskonferenzen bzw. Bischöfen (vgl. die Erklärung des bisherigen Innsbrucker Bischofs *Reinhold Stecher*, ds. Heft, 31ff.) zählt eine Erklärung der *Schweizer Bischofskonferenz* vom 3. Dezember 1997, die diese im Anschluß an eine ordentliche Vollversammlung veröffentlichte. Die Instruktion sei „in weiten Teilen in der Kirche in der Schweiz mit Betroffenheit und Bestürzung“ zur Kenntnis genommen worden: „Viele Laien, nicht nur die beruflich in der Seelsorge mitarbeitenden, sind verunsichert und ratlos, entmutigt oder empört.“ Es liege in der Verantwortung des einzelnen Ortsbischofs „mit seinen Räten einen Weg zu suchen, wie er mit den römischen Weisungen der pastoralen Wirklichkeit seiner Diözese gerecht werden kann“ – einschließlich möglicher „Mißbräuche und Grenzüberschreitungen“.

Der Diözesanbischof sei – in seiner Verantwortung für eine „sorgfältige Inkulturation“ – „weder ein bloßes Ausführungsorgan noch losgelöst von einer aufrichtigen Verbundenheit mit dem Papst und der Leitung der Universalkirche“. Zu schnellen Änderungen wird es jedoch auch in der Schweiz offenbar nicht kommen. Darauf deutet die Bemerkung hin, die aus der Instruktion zu erfolgende Überprüfung müsse mit „Klugheit, Geduld und im Gespräch mit den Betroffenen“ vorgenommen werden. Was während Jahr-

zehnten gewachsen ist, kann nicht plötzlich neu geordnet werden. Deshalb sind die Beauftragungen, die wir Bischöfe und unsere Vorgänger ausgesprochen haben, in Kraft“.

Die Diskussion über die Instruktion und vor allem die Kritik am römischen Dokument waren keineswegs auf den deutschsprachigen Raum beschränkt. Die englische katholische Wochenzeitung „The Tablet“ berichtete, die *Bischöfe von England und Wales* seien irritiert gewesen, bei ihrem Ad-limina-Besuch in Rom in einer vatikanischen Kongregation davon zu erfahren, daß ein Dokument über die Laiendienste, ohne daß sie davon Kenntnis besäßen, erarbeitet worden sei (1.11.97).

Der Erzbischof von Bordeaux, Kardinal *Pierre Eyt*, bemängelte an der Instruktion, sie schaffe ein Klima des Mißtrauens. Die Instruktion liefere zwar theologisch-prinzipielle Klärungen, halte aber keine Antworten bereit auf die „praktischen Fragen weder der Gegenwart noch der allernächsten Zukunft“. Auch Eyt wies darauf hin, daß Mißbräuche und problematische Eigenmächtigkeiten nicht die Regel darstellten. Dies habe man bei Ad-li-

mina-Besuchen den zuständigen Kongregationen immer wieder gesagt, wenn ihnen wieder einmal „eifrige oder sogar mit Blick auf die Bischöfe wenig wohlwollende Briefeschreiber“ zuvorgekommen seien (vgl. La Croix, 21.11.97).

Nimmt man weitere Gruppierungen und Einzelpersonen hinzu, die sich – in der Mehrzahl der Fälle reserviert bis äußerst ablehnend – zur Instruktion äußerten, von Diözesanräten bis zu Verbänden, Berufsvereinigungen (der Pastoral- und Gemeindereferenten) bis zu Theologen, ganz zu schweigen von der „Initiative Kirche von unten“ und „Wir sind Kirche“ bis – eine der wenigen positiven Stimmen – „Una Voce“, so ist zumindest eines sicher: Die Instruktion berührt eine Materie, die die gegenwärtige kirchliche Lage an einem sensiblen und prekären Punkt trifft. Wie man deshalb über die lebhaften Reaktionen auf die Instruktion (in Deutschland) „überrascht“ sein kann (so der Pro-Präfekt der federführenden römischen Kleruskongregation, Erzbischof *Dario Castrillón Hoyos*, in Radio Vatikan), bleibt das Geheimnis der Autoren. *K. N.*

## Niederlande: Weniger kirchlich, aber nicht ungläubig

*In den Niederlanden erschien eine aufschlußreiche Untersuchung zu Religiosität und Kirchenbindung: Die Kirchen genießen als gesellschaftliche Institutionen Ansehen, aber mit ihrer Botschaft können die meisten nicht viel anfangen.*

„Gott in den Niederlanden“ hieß eine 1966 durchgeführte Repräsentativbefragung zu Religiosität und Kirchenbindung der niederländischen Bevölkerung. 1979 wurde diese Umfrage im Auftrag des Katholischen Rundfunks KRO und des Wochenmagazins „De Tijd“ erstmals wiederholt; jetzt liegen die Ergebnisse einer dritten vergleichbaren Umfrage vor, die 1996 durchgeführt wurde (*Gerard Dekker, Joep de Hart, Jan Peters: God in Nederland. 1966–1996*, Verlag Anthos, Amster-

dam 1997). So ergab sich die Möglichkeit, im Längsschnitt die Entwicklung von Kirchlichkeit und religiösem Profil der Niederländer über 30 Jahre hinweg zu analysieren und neben den Veränderungen in der Gesamtbevölkerung auch die bei den großen konfessionellen Blöcken darzustellen.

Stärkste Religionsgemeinschaft in den Niederlanden ist die katholische Kirche. Ihr gehören nach der neuesten kirchlichen Mitgliederstatistik 34 Prozent der Bevölkerung an, während bei

der Befragung von 1996 allerdings nur 21 Prozent katholisch als Konfessionszugehörigkeit angaben. Die Autoren erklären diese Diskrepanz damit, daß sich viele Menschen nicht mehr als Kirchenmitglieder betrachteten, obwohl sie noch in den entsprechenden amtlichen Registern verzeichnet seien.

---

### Protestanten sind kirchlicher als Katholiken

---

Auf 14 Prozent der Bevölkerung kam bei der Repräsentativumfrage von 1996 die „Hervormde Kerk“, die frühere calvinistische Staatskirche; acht Prozent bezeichneten sich als „gereformerd“, gehören also einer der Kirchen an, die sich in mehreren Wellen seit dem frühen 19. Jahrhundert von der „Hervormde Kerk“ abgespalten haben. Größte Einzelkirche sind dabei die „Gereformerde Kerken“, die sich vermutlich in absehbarer Zeit mit der „Hervormde Kerk“ und der (kleinen) Lutherischen Kirche zu einer „Vereinigten Protestantischen Kirche der Niederlande“ zusammenschließen werden.

Die niederländische Gesellschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war stark von der „Versäulung“ geprägt, also dem Nebeneinander von in sich geschlossenen konfessionellen Kulturen mit eigenen Organisationen für fast alle Lebensbereiche. Die Untersuchung von 1996 zeigt jetzt, daß zwar die „Verzuiling“ weitgehend der Vergangenheit angehört, daß aber die drei großen konfessionellen Gruppen nach wie vor unterschiedliche Profile aufweisen, wobei die wichtigste Trennungslinie zwischen den Katholiken einerseits und den beiden reformierten Denominationen andererseits verläuft: Katholiken sind im Schnitt liberaler, weniger kirchengebunden und in Lehrfragen weniger orthodox als die Anhänger der reformierten Kirchen.

So bezeichneten sich 68 Prozent der „Gereformerden“ und 46 Prozent der „Hervormden“ als regelmäßige Kirchgänger, aber nur 27 Prozent der Katholiken (die Vergleichszahlen für

1966 in der gleichen Reihenfolge: 95,49 und 86 Prozent). Bei der Frage nach dem Gottesbild stimmten der Aussage: „Es gibt einen Gott, der sich persönlich um jeden Menschen kümmert“, 71 Prozent der „Gereformerden“, 55 Prozent der „Hervormden“ und nur 17 Prozent der Katholiken zu. Bei ihnen entschieden sich 58 Prozent für die Aussage: „Es muß so etwas geben wie eine höhere Macht, die das Leben beherrscht.“

Die Studie verweist als Hintergrund für diese und ähnliche Befunde auf die unterschiedlichen Phasen im allgemeinen Säkularisierungsprozeß, in dem sich die drei Glaubensgemeinschaften derzeit befänden. Die „hervormde“ Bevölkerungsgruppe, die schon zwischen 1900 und 1960 auf die Hälfte ihres Bestandes zurückging, geriet als erste in den Sog der Säkularisierung. Inzwischen, so die Autoren, habe der Prozeß bei dieser Gruppe seinen Endpunkt erreicht; es seien sogar gegenläufige Tendenzen einer wiederum stärkeren Kirchlichkeit zu beobachten; 1996 gaben prozentual mehr „Hervormde“ an als 1979, der Glaube habe für ihr Leben große Bedeutung.

Bei den niederländischen Katholiken, deren „reiches römisches Leben“ bis in die fünfziger Jahre sprichwörtlich war, setzte der Säkularisierungsprozeß dagegen erst in den sechziger Jahren ein und hielt seither an. Demgegenüber waren die „Gereformerden“ bis in die achtziger Jahre praktisch säkularisierungsresistent. Auch heute rangieren sie bei Kirchlichkeit und Glaubensbindung durchweg noch an der Spitze, auch wenn sie in den letzten Jahren vom Säkularisierungsprozeß ebenfalls erfaßt wurden.

Das wichtigste Ergebnis der neuen Umfrage im Blick auf die niederländische Bevölkerung insgesamt ist für die Autoren die wachsende Schere zwischen Kirchlichkeit einerseits und Religiosität bzw. „Gläubigkeit“ andererseits. Bei der Frage, ob man sich selber als „gläubig“ betrachte, antworteten bei der jüngsten Umfrage 40 Prozent der Niederländer mit „Ja, auf jeden Fall“ (1979: 43 Prozent), 27 Prozent

mit „Eigentlich schon“ (1979: 25 Prozent), 13 Prozent mit „Eigentlich nicht“ (1979: 12 Prozent) und (wie auch schon 1979) 20 Prozent mit: „Bestimmt nicht“.

Auch 40 Prozent derer, die sich als „nicht kirchlich gebunden“ einstufen, geben an, der Glaube habe für ihr Leben eine gewisse Bedeutung. Dasselbe gilt für ein Drittel der Kirchenmitglieder, die nie zum Gottesdienst oder zu einer kirchlichen Veranstaltung gehen. Es gebe, so der Schluß der Autoren, in den Niederlanden eine „ziemlich umfangreiche, schwach institutionalisierte oder noch nicht deutlich sichtbar institutionalisierte Religiosität neben und außerhalb der in den Kirchen institutionalisierten Religiosität“ (S. 41).

---

### Kirche ja, aber für die anderen

---

Interessante und auf andere westeuropäische Länder weithin übertragbare Befunde liefert die niederländische Untersuchung auch zu den Erwartungen der Bevölkerung gegenüber der Kirche. Die Kirchen, so eine zusammenfassende Formulierung, würden von der Mehrheit nicht mehr als Einrichtungen betrachtet, in denen der Glaube eine Gestalt erhalte und gelebt werde, sondern als Vereinigungen, „die eine Funktion für das öffentliche Leben zu erfüllen haben, vor allem im Blick auf die Moral und die Werte der Gesellschaft“ (S. 43). Viele sähen die Kirchen als Einrichtungen wie Amnesty International oder Greenpeace.

Im einzelnen zeigt sich, daß das Vertrauen der Niederländer in die Kirchen sehr hoch ausfällt. Sie rangieren mit 65 Prozent an zweiter Stelle nach den Wissenschaftlern bei der Frage, zu welchen Instanzen man besonders Vertrauen habe. Nur sechs Prozent der kirchlich Nichtgebundenen bejahen die Aussage, „es wäre gut, wenn die Kirchen verschwinden würden“.

65 Prozent der Befragten insgesamt meinen, die Kirchen müßten zum Problem der Diskriminierung in der Gesellschaft Stellung nehmen. Sogar 80 Prozent erreicht das Thema Armut,

wobei die Umfrage allerdings zu einer Zeit stattfand, als pointierte Äußerungen von Bischof *Muskens* von Breda zum wachsenden Armutsproblem in den Niederlanden eine heftige öffentliche Diskussion auslösten.

„God in Nederland. 1966–1996“ stellt abschließend Überlegungen zu Verhältnis von Staat und Kirche wie zum Handeln der Kirchen an. Die Autoren fragen zum einen, ob im Licht der Bedeutung, die nach den Ergebnissen der neuen Umfrage viele Menschen der Kirche in der Gesellschaft und für sie zuerkennen, die in den Niederlanden in den letzten Jahren konsequent durchgeführte *Trennung von Staat und Kirche* nicht neu überdacht werden müsse, etwa im Blick auf staatliche finanzielle Unterstützung für soziale Aktivitäten in kirchlicher Trägerschaft. Zum anderen verweisen sie auf die Schwierigkeiten, die sich für die Kirchen aus den unterschiedlichen Erwartungen ergeben, mit denen sie in der Gesellschaft insgesamt und bei ihren Kernmitgliedern konfrontiert werden: „Die orthodoxen, stark mit der Kirche

verbundenen Mitglieder erwarten von den Kirchen die Anwendung der traditionellen Glaubenslehre und Moral. Der viel schwächer mit den Kirchen verbundene Teil der Bevölkerung erwartet dagegen, daß die Kirchen die Entwicklungen in der gesellschaftlichen Moral mitvollziehen“ (S. 123).

Erste Reaktionen niederländischer Kirchenvertreter auf die Untersuchung ließen durchweg gemischte Gefühle erkennen: Man registrierte positiv das große Vertrauen, das die Kirchen in der Gesellschaft genießen, äußerte aber gleichzeitig Sorge darüber, daß die Kirchen mit ihrer Botschaft von Jesus Christus nur Minderheiten erreichen und sich in der Breite kaum verständlich machen können. Kardinal *Adrian Simonis*, Erzbischof von Utrecht und Vorsitzender der Niederländischen Bischofskonferenz, sagte bei einem Symposium am 8. November 1997: „Natürlich steht die Kirche für soziale Gerechtigkeit und muß sich dazu äußern. Aber es ist ihr primärer Auftrag, das Evangelium zu verkünden.“ U. R.

mie bisher verfeindeter Gruppen zur wesentlichen Grundlage hat.“

Strukturelle Grundprobleme lassen eine befriedigende Lösung im ehemaligen Jugoslawien und besonders in Bosnien-Herzegowina in weite Ferne rücken: So habe der Frieden von Dayton – weder ein „Siegfrieden“ noch ein „Erschöpfungsfrieden“, sondern ein „oktrozierter“ Frieden mit detaillierten Ausführungsbestimmungen bis hin zu einer Verfassung für Bosnien-Herzegowina – auch mit denen gestiftet werden müssen, die die politische Verantwortung für Krieg, Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen tragen; nun gelte es, diesen Vertrag gegen die „Obstruktionsversuche der früheren Kriegstreiber“ durchzusetzen.

---

### Strukturelle Probleme des Friedens von Dayton

---

Deshalb weist die Projektgruppe besonders eindringlich auf die Notwendigkeit eines „Elitenwechsels“ als Voraussetzung für einen stabilen Frieden im früheren Jugoslawien hin: Die Übernahme der politischen Verantwortung durch kompromißbereite, „möglichst nicht von unmittelbarer Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit belastete“ Eliten sei von größter Bedeutung für die innere Konsolidierung.

Nur diese könnten überhaupt eine Staatskonstruktion tragen, wie sie das Dayton-Abkommen vorsieht: Eine Staatskonstruktion, die einerseits die vom Krieg geschaffene Realität, also die Aufteilung Bosnien-Herzegowinas nach ethnischen Kriterien akzeptiert, andererseits programmatisch an der Unteilbarkeit des Staates und der völligen Freizügigkeit für seine Bewohner festhält. Vor diesem Hintergrund bleibt für die Autoren der bisherige Umgang mit den *Kriegsverbrechern* als einem Kompromiß zwischen der prinzipiellen Ahndung der Verbrechen und der realpolitischen Notwendigkeit, mit denjenigen, die politisch für den Krieg

## Justitia et Pax: Lehren aus dem Jugoslawienkonflikt

*Für die weitere Friedenskonsolidierung in Bosnien-Herzegowina hat die deutsche Kommission Justitia et Pax in einem Ende 1997 veröffentlichten Arbeitspapier Perspektiven und Empfehlungen vorgelegt. Sie sind Schlußfolgerungen einer Analyse der verschiedenen Phasen des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien.*

Zwei Jahre nach Unterzeichnung des Friedensvertrages von Dayton zog die Vollversammlung des Friedensimplementierungsrates für Bosnien-Herzegowina Mitte Dezember in Bonn Bilanz über die bisherige Entwicklung, Fortschritte und Hindernisse beim Wiederaufbau des Landes. Als Maßstab solcher Bilanzen sollte gelten, „inwieweit ein Prozeß der friedlichen Koexistenz in Gang gesetzt wurde“, betont die Projektgruppe „Gerechter

Frieden“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax in einem 70seitigen Arbeitspapier „Erfahrungen aus dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien“. Zugleich stellt sie jedoch aber auch mit Bedauern fest, daß der Konsolidierungsprozeß in Bosnien-Herzegowina „derzeit – offensichtlich in Ermangelung praktikabler Alternativen – von der Realität der Trennung und nicht der Integration ausgeht und die Segmentierung und weitgehende Autono-